

Aufrüsten, bitte!

Sicherheit Die Regierung will den Schutz von Wohnungen gegen Einbruch fördern – zur Freude der Sicherheitsbranche. Zugleich spart sie bei der Polizei.

Die Einbrecher drangen über die Terrassentür ein. Sie durchwühlten die Kommode und fanden das Schmuckkästchen. Ein paar Zimmer weiter ließen sie das Bargeld mitgehen. Schließlich erbeuteten sie noch den Laptop.

Die Meyers* hatten ihr Backsteinhaus in einer Seitenstraße in einem Ort bei Potsdam nicht gesichert, nicht einmal ein Zaun grenzte den Garten von der Straße ab. Es sollte ein offenes Grundstück sein, so „wie bei den Niederländern“, sagt Marianne Meyer. Nach dem Einbruch änderte sich das. Meyer und ihr Mann rüsteten auf. Erst ließen sie Fenster mit Zusatzverriegelung, neue Türschlösser und Überwachungskameras installieren, später noch einen Zaun – insgesamt im Wert eines Kleinwagens.

Die Erbstücke der Oma sind weg, die Angst ist geblieben. Bis heute belastet die Rentnerin, dass jemand in ihr Zuhause eindrang. „Fast jeden Abend stehe ich noch einmal auf, um zu gucken, ob alle Türen und Fenster geschlossen sind“, sagt sie.

Die Zahl der Wohnungseinbrüche ist in Deutschland in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen, 2014 erreichte sie den höchsten Stand seit 16 Jahren. Mehr als 152 000 Einbrüche registrierte das Bundeskriminalamt, ein Anstieg von 1,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Schon lange sind Einbrüche kein Großstadtdelikt mehr. Kriminelle schlagen immer häufiger auch auf dem Land zu. Aufgeklärt wird gerade einmal jede sechste Straftat, die bei Frau Meyer gehört nicht dazu.

Die Bundesregierung will nun handeln. Die Bürger sollen sich sicherer fühlen. Schon im Koalitionsvertrag hatten SPD und Union vereinbart, man werde „präventive Maßnahmen“ unterstützen. Spätestens ab Ende des Jahres sollen Sicherungsmaßnahmen an Haus und Heim vom

Bund subventioniert werden – sowohl für Mieter als auch für Eigentümer.

Der Haushaltsausschuss bewilligte dafür bis Ende der Legislaturperiode 30 Millionen Euro.

Wer Fenster und Türen nachrüsten lässt, erhält dann 20 Prozent der Materialkosten, maximal 1500 Euro. Bedingung ist, dass die Bürger mindestens 500 Euro für ihre Sicherheit investieren. Die Arbeitskosten der Handwerker sollen weiterhin steuerlich absetzbar bleiben.

Noch ist unklar, wann genau die Richtlinie in Kraft tritt. Sicher ist, dass es ein Windhundverfahren geben wird wie einst bei der Abwrackprämie für Autos: Wer zuerst kommt, mahlt zuerst. Das Bundesbauministerium geht allerdings davon aus, dass die Mittel diesmal ausreichen.

Während Union und SPD bereits für das Vorhaben werben, sieht die Vorsitzende des Umweltausschusses Bärbel Höhn von den Grünen die Pläne kritisch: Nicht jeder sei finanziell in der Lage aufzurüsten. „Zudem werden wahrscheinlich hauptsächlich gut verdienende Haushalte diese Förderung nutzen, die ohnehin schon eine Einbruchssicherung installieren wollen“, sagt Höhn.

Das Problem sind allerdings nicht nur die fehlenden Sicherheitsvorkehrungen, sondern vor allem die personellen Lücken bei der Polizei. So haben die Täter berechnete Hoffnung, ungestraft davonzukommen. Seit 1997 wurden fast 16 000

Stellen im Polizeidienst gestrichen. Leidtragende seien immer häufiger die Bürger, deren Anliegen in den Hinter-

grund rutschten, beklagt die Gewerkschaft der Polizei.

Von dem Programm der Bundesregierung wird vor allem die Sicherheitsbranche profitieren. Das wurde am vergangenen Mittwoch im Süden der Republik deutlich. Zwei Tage lang präsentierten Unternehmen auf der Messe in München die neuesten Sicherheitsstandards, testeten Schließsysteme, Drohnen und Kameras.

Die Branche hat den Eigenheimbesitzer mit seiner Angst vor Klauabanden als zahlenden Kunden entdeckt. Vor Kurzem gab der Bundesverband für Sicherheitstechnik einen Rekordumsatz von 3,18 Milliarden Euro für elektronisches Sicherheitsgerät bekannt. Weitere gut 2 Milliarden werden mit mechanischer Technik erzielt, die vorwiegend in Haushalten eingebaut wird. Immer beliebter wird Videoüberwachung, die mit dem Smartphone gekoppelt ist, erklärt ein Mitarbeiter der Firma BKH Sicherheitstechnik. Per App wird man dann zum eigenen Wachmann.

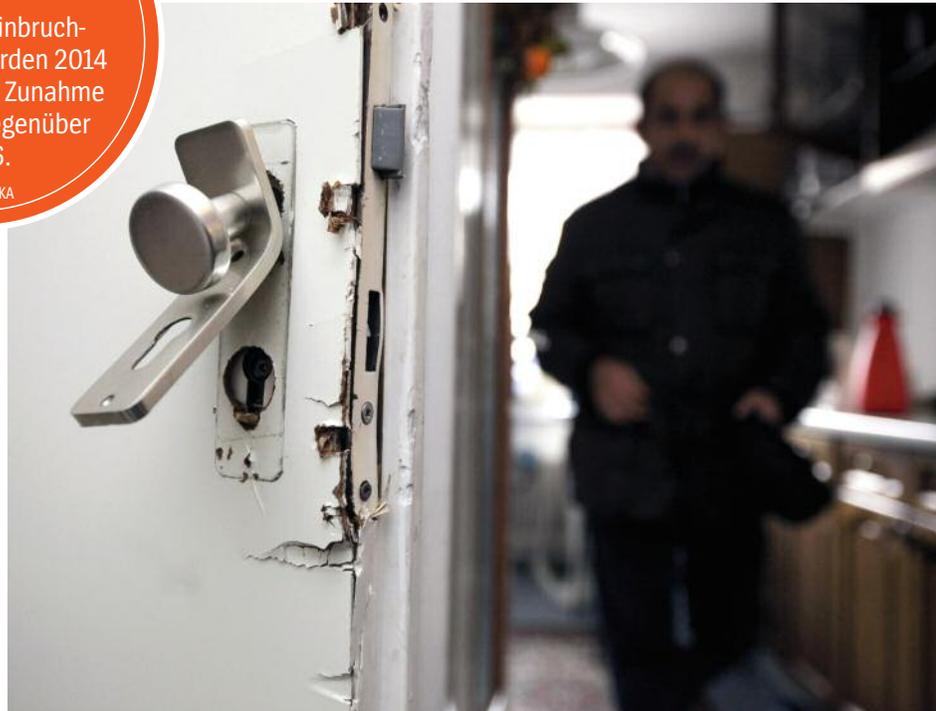
Auch Unternehmen wie Tchibo wollen von der Angst der Deutschen profitieren. Pünktlich zum Ferienbeginn gibt es zwischen Kaffeebohnen und Unterhosen Türverriegelungen, Bewegungsmelder und Kameraattrappen für rund zwanzig Euro. Für alle, die sich teure Umbaumaßnahmen nicht leisten können, ein bezahlbares Gefühl von Sicherheit.

Keine Sorgen müssen sich Bundestagsabgeordnete machen. Nach einem Beschluss des Ältestenrats vom 26. Mai 2011 bekommen sie für bauliche Sicherungsmaßnahmen an ihrer Privatwohnung bis zu 19 000 Euro rückerstattet. Carolin Katschak

152 123

Wohnungseinbruchdiebstähle wurden 2014 erfasst – eine Zunahme von **43%** gegenüber 2006.

Quelle: BKA



Durch Einbrecher beschädigte Eingangstür: Die Erbstücke sind weg, die Angst ist geblieben